

**Protokoll
der 14. öffentlichen Sitzung**

**des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, dem 21. Januar 2013,
Adolf-Reichwein-Halle, Mehrzweckraum**

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:25 Uhr

| | |
|-------------------------------------------------------|--------------------------------|
| Anwesende: | |
| | |
| Haupt- und Finanzausschuss | Magistrat |
| Egerter, Jörg | Bürgermeister Detlef Brechtel |
| Lamping, Christian <i>ab 20:06 Uhr</i> | Erster Stadtrat Heinz Sill |
| Launhardt, Cornelia | Stadtrat Kayacik, Haci |
| Rathjens, Dr. Hans-Peter <i>Ausschussvorsitzender</i> | |
| Scholz, Peter | |
| See, Herbert <i>für Stengel, Christian</i> | |
| | |
| | |
| Stadtverordnetenversammlung | von der Stadtverwaltung |
| Dachs, Karl-Heinz | Christ, Manfred |
| Dietz, Eleonore | Kais, Bernhard |
| Hoffmann, Dr. Volker | |
| Soff, Walter | |
| Welker, Helge | |
| | |
| | Schriftführerin |
| | Egerer, Sigrid |
| | |
| | |
| | Zuhörer |
| | 8 |
| | |
| | |
| | |
| | |

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rathjens, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es wird festgestellt, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Das Protokoll der 13. Sitzung liegt noch nicht vor.

TOP 4 der heutigen Tagesordnung „Vorlage der Erklärungen nach §26 HGO“ kann nicht beraten werden, da der Verwaltung noch nicht alle Daten übermittelt wurden.

Dr. Rathjens beantragt, die in der 12. Ausschusssitzung am 22.11.2012 nicht behandelten TOPs 4 und 5 „Anträge GRÜNE und SPD zum geplanten Windpark Winterstein“ als gemeinsamen neuen TOP 4 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

| | |
|--------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. | Mitteilungen |
| 2. | Haushaltsführung 2012/2013 - Wiedervorlage- - 1. Nachtrag für das Haushaltsjahr 2013 - Mittelfristige Finanzplanung 2012-2016 - Beratung und Beschlussfassung - Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013-2016 |
| 3. | Mensaanbau und Erweiterung der Betreuungsschule an der Kapersburgschule - Grundsatzentscheidung - Kostenübernahmevertrag mit dem Wetteraukreis |
| 4. neu | <ul style="list-style-type: none">• Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012 Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein• Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012• Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012 Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein |
| 5. | Verschiedenes |

TOP 1 Mitteilungen

Bürgermeister Brechtel teilt mit, dass im geplanten Gewerbegebiet Ost Hinweise der Hessischen Denkmalbehörde auf eventuelle Überreste einer römischen „villa rustica“ überprüft worden seien. Es gebe keine Hinweise auf archäologische Funde.

TOP 2

Haushaltsführung 2012/2013

- **1. Nachtrag für das Haushaltsjahr 2013**
 - **Mittelfristige Finanzplanung 2012-2016**
 - **Beratung und Beschlussfassung**
 - **Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013-2016**
-

Bürgermeister Brechtel berichtet, dass seit der letzten Ausschusssitzung am vergangenen Donnerstag eine Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes bezüglich der vom Parlament beschlossenen Aufhebung der Deckungsfähigkeit von Haushaltsansätzen vorliege. Diese komme zu dem Schluss, dass eine Aufhebung der Deckungsfähigkeit in einer Nachtragshaushaltssatzung rechtlich nicht zulässig sei. Da die beiden Kommunalen Spitzenverbände die bestehenden Vorschriften unterschiedlich auslegen, sei es für den Rosbacher Haushalt wichtig, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. In der sich anschließenden Diskussion werden folgende Aspekte erörtert:

- eventuelle Bagatellgrenze
- Prozentsatz vom Haushaltsansatz
- Berichtspflicht gegenüber dem Haupt- und Finanzausschuss

Bürgermeister Brechtel appelliert an das Vertrauen der Mandatsträger in die Arbeit des Magistrats und der Verwaltung. Herr Dr. Rathjens verweist auf die Berichtspflicht gegenüber dem Ausschuss, hier seien Haushaltsüberschreitungen detailliert zu erkennen.

Herr Scholz fasst kurz zusammen, dass die Beschlussfassung der Stadtverordneten eventuell überstürzt gewesen sei, dieser Beschluss sollte allerdings nicht in Gänze gekippt werden. Er schlägt daher vor, die uneingeschränkte Deckungsfähigkeit nur innerhalb einer Produktgruppe zuzulassen. Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder einvernehmlich zu.

Bürgermeister Brechtel erklärt, dass die Verwaltung dem Auftrag aus der letzten Ausschusssitzung, alle Positionen der von GRÜNEN und CDU vorgelegten Einsparvorschläge ab 5.000 Euro aufwärts zu analysieren und geeignete Einsparvorschläge auszuarbeiten, nachgekommen sei. Die entsprechenden Arbeitsblätter werden verteilt. Der Bürgermeister führt weiter aus, dass Einsparvorschläge mit einem Gesamtvolumen von 151.200 € ausgearbeitet worden seien. Er betont hierbei, dass man mit diesen Einsparungen bis an die Grenze des Realisierbaren gegangen sei.

Nach ausführlicher Beratung besteht Einvernehmen, dass diese vorgelegten Daten in den 1. Nachtragshaushalt 2013 / Ergebnishaushalt eingearbeitet werden sollen. Darüber hinaus solle im Bereich des Investitionsprogramms die Maßnahme „Begrünung Lärmschutzwall an der L 3352 (Sportzentrum)“ um ein Jahr nach 2014 verschoben werden.

Herr Christ erläutert, dass im Finanzhaushalt die Kreditaufnahme im Jahr 2013 angepasst werden müsse. Um die durch das Nichtzustandekommen des Nachtragshaushaltes für das 2012 entstandene Finanzierungslücke im investiven Bereich in Höhe von 1.487.000 € nicht über den Kassenkredit finanzieren zu müssen, sei es erforderlich, die Kreditermächtigung 2013 um diesen Betrag zu erhöhen.

In der sich anschließenden Beratung zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erläutert der Bürgermeister die aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen, er geht hierbei besonders auf die Konsolidierungsmaßnahmen in den Bereichen Schulsozialarbeit und Jugendzentrum ein.

Herr Egerter regt an, dass die Konsolidierungsmaßnahme lfd. Nr. 4 „eine Bücherei schließen“ überdacht werden sollte. Aus Sicht der CDU sei es sinnvoller, die jährliche Gebühr für einen Leserausweis zu erhöhen und/oder die Öffnungszeiten zu reduzieren, um somit den gewünschten Einspareffekt zu erzielen. Es besteht Einvernehmen, dass diese Position entsprechend geändert werden solle.

Zu diesem TOP ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Eine Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung ergeht nicht.

TOP 3

Mensaanbau und Erweiterung der Betreuungsschule an der Kapersburgschule

- **Grundsatzentscheidung**
 - **Kostenübernahmevertrag mit dem Wetteraukreis**
-

Bürgermeister Brechtel berichtet kurz über das derzeitige Angebot an den beiden Schulstandorten. An der Erich Kästner-Schule seien gemeinsam mit dem Wetteraukreis über 500.000 € für den Bau der Mensa investiert worden. Mit dem geplanten Anbau an die Kapersburgschule sei nun gemeinsam mit dem Wetteraukreis eine Lösung für die nicht zufriedenstellenden räumlichen Bedingungen für den Betrieb einer Ganztagschule / Ganztagsbetreuung an der Kapersburgschule entwickelt worden. Die erwarteten Gesamtkosten von 1.500.000 € werden in gleichen Teilen von der Stadt und dem Wetteraukreis getragen; eventuelle Mehrkosten gingen zu Lasten des Wetteraukreises.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Ausbau zu einer übergreifenden Ganztagsbetreuung ein neues Satzungsrecht erforderlich mache. In diesem Zusammenhang regt er an, dass das Bad Nauheimer Konzept der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich vorgestellt werden solle. Herr Brechtel weist im Weiteren darauf hin, dass ebenfalls eine Entscheidung zum weiteren Verbleib der derzeitigen Containerlösung herbeizuführen sei.

In der anschließenden Diskussion werden insbesondere folgende Sachverhalte ausführlich erörtert:

- Auslastung der Rodheimer Mensa
- Nachfrage nach Ganztagsangebot
- Qualität des Essens / Caterings

Herr Dr. Rathjens schlägt vor, den Beschlussvorschlag des Magistrats dahingehend zu ergänzen, dass der Magistrat aufgefordert werde, darauf hinzuwirken, dass an beiden Rosbacher Grundschulen Ganztagsschulplätze in ausreichender Anzahl und Qualität für mindestens 50% der Grundschüler angeboten werden.

Nach Abschluss der Redebeiträge lässt der Ausschussvorsitzende über die Annahme des Beschlussvorschlages des Magistrats – unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzung – abstimmen.

1. *Das räumliche Betreuungsangebot an der Kapersburgschule Rosbach ist durch den Anbau einer Mensa mit Küche und Betreuungsräumen zeitnah zu verbessern (Entwurfsstand 16. Januar 2013). Mit der Baumaßnahme soll 2013 begonnen werden, die finanzielle Beteiligung der Stadt liegt bei 50% der Baukosten, max. 750.000,00 Euro.*

2. *Mit dem Wetteraukreis ist eine Vereinbarung über den Bau, die Finanzierung, die künftigen Betriebskosten sowie die langfristige Nutzung der Anbaumaßnahme abzuschließen (Anlage, Vertragsentwurf, Stand 20. November 2012).*
3. *Das derzeitige Betreuungsangebot der Stadt nach dem Satzungsrecht vom 26. Juni 2012 wird kurzfristig probeweise um ein bedarfsgerechtes Modulsystem erweitert, die Gebührensätze werden auf Basis des Satzungsrechtes mit einem 15%igen Zuschlag für die Personalvorhaltung festgeschrieben. Ein kostendeckendes Entgelt für die Mittagsversorgung ist zu erheben.*

Das Angebot ist mit den Elternvertretungen/Schulleitungen abzustimmen.

4. *Nach einer halbjährigen Probephase ist der Stadtverordnetenversammlung ein mit den Elternvertretungen abgestimmter Erfahrungsbericht vorzulegen.*

Ziel hierbei ist es, das derzeitige Satzungsrecht für die Betreuung der Grundschul Kinder noch im Jahr 2013 neu zu gestalten.

5. *Eine Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung“ ist einzurichten.*

Die Arbeitsgruppe besteht aus: Fünf Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie einer gleich hohen Anzahl Elternvertretungen, den beiden Schulleitungen, vier Einrichtungsleitungen, zwei MitarbeiterInnen der Verwaltung und dem Bürgermeister.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 neu

- **Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012
Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein**
 - **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012
zum Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012**
 - **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012
Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein**
-

Zunächst werden Kopien der einzelnen Anträge an die Ausschussmitglieder ausgeteilt. Bürgermeister Brechtel teilt mit, dass zwischenzeitlich ergänzende Unterlagen vorliegen. Die Stellungnahme der Flugsicherung zu dem geplanten Windpark wird ausgeteilt.

Bürgermeister Brechtel schlägt vor, zunächst einen Workshop zu diesem Thema abzuhalten um alle Beteiligten auf den gleichen Wissensstand zu bringen, bevor Entscheidungen über weitergehende Anträge herbeigeführt würden. Herr Scholz entgegnet, aus den umliegenden Kommunen sei ihm signalisiert worden, dass man gemeinsam einen Windpark am Winterstein errichten wolle. Im Übrigen seien Fristen mit dem Planungsverband einzuhalten, daher solle die Stadt beide Verfahren – Workshop und Verhandlungen mit den Nachbarkommunen und sonstigen Waldbesitzern – parallel betreiben, um keine Zeit zu verlieren.

In der sich anschließenden kontroversen Diskussion wird von Seiten der SPD darauf hingewiesen, dass die Forderung aus dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN, die Federführung in der Projekt- und Betriebsorganisation solle in den Händen der Kommunen liegen, faktisch eine finanzielle Beteiligung der Kommunen beinhalte, was einem erheblichen finanziellen Risiko gleichkomme. Herr Scholz entgegnet, dass – falls das Workshop zu einem anderen Ergebnis käme – der Beschlussantrag von CDU und GRÜNEN angepasst werden müsse, im Übrigen müssten sich Kommunen wirtschaftlich betätigen, um hauswirtschaftliche Gewinne erzielen zu können.

Herr Egerter und Herr Dr. Rathjens fordern das Ende der Debatte und Abstimmung über die Anträge.

Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012

Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Workshop zu der Errichtung eines Windparks Winterstein abzuhalten. Ziel diese Workshops ist es, alternative Lösungskonzepte für einen solchen Windpark vorzustellen und hierbei die wesentlichen technischen, juristischen und wirtschaftlichen Problemfelder herauszuarbeiten und zu behandeln. Zu einem solchen Workshop sind auch Experten für die verschiedenen Problemfelder sowie Vertreter der Energiewirtschaft einzuladen.

Abstimmungsergebnis: ja 4 Stimmen
 nein 2 Stimmen

Der Antrag ist somit als Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Workshop zu der Errichtung eines Windparks Winterstein in Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung abzuhalten.

Ziel dieses Workshops ist es, alternative Lösungskonzepte für einen solchen Windpark vorzustellen und hierbei die wesentlichen technischen, juristischen, ökologischen und wirtschaftlichen Problemfelder herauszuarbeiten und zu behandeln.

Über die genaue Themenwahl, Form, Zeitpunkt und Dauer des Workshops sowie die einzuladenden Referenten soll mit den Fraktionsvorsitzenden oder Beauftragten der Fraktionen in einer Vorbereitungsgruppe Einvernehmen erzielt werden.

Abstimmungsergebnis: ja 2 Stimmen
 nein 4 Stimmen

Der Antrag ist somit als Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und GRÜNE vom 21.11.2012

Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein

Der Magistrat wird beauftragt, gemäß dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27. März 2012 unverzüglich in Verhandlungen mit den Kommunen Friedberg, Ober-Mörlen und Wehrheim sowie den sonstigen Waldbesitzern im geplanten Gebiet des Windparks Winterstein (insbesondere Hessen-Forst und Bundesforst) einzutreten, mit dem Ziel, eine zweckmäßige Organisationsform für die Projektentwicklung und den Betrieb des Windparks zu finden. Mögliche, jedoch nicht ausschließliche Alternativen, die untersucht werden sollen, sind z.B. GmbH & Co. KG, Eingetragene Genossenschaften (e.G.), Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), auch unter Berücksichtigung bereits existierender kommunaler Strukturen (Stadtwerke). Über den Verhandlungsfortschritt und die Ergebnisse ist die Stadtverordnetenversammlung regelmäßig, mindestens jedoch alle 2 Monate ausführlich zu unterrichten.

Dem Magistrat werden für diese Verhandlungen folgende Zielvorgaben gemacht:

- Die Federführung in der Projekt- und Betriebsorganisation soll in den Händen der Kommunen liegen, Entscheidungen gegen den Willen einer der beteiligten Kommunen sollen nicht möglich sein.
- Eine finanzielle Beteiligung von Dritten ist möglich und erwünscht, insbesondere auch die Beteiligung von Bürgergenossenschaften aus den Anrainerkommunen.

Ferner wird der Magistrat beauftragt, zeitnah der Stadtverordnetenversammlung ein oder mehrere alternativen Modelle für eine Bürgerbeteiligung der Rosbacher und Rodheimer Bürgerinnen und Bürger am Windpark Winterstein z.B. im Rahmen einer Bürgergenossenschaft vorzustellen. Dies kann zweckmäßig im Rahmen des geplanten Workshops geschehen.

Weitere Ausgaben für das Projekt, insbesondere für vorbereitende Standortuntersuchungen und Gutachten, sind nur sinnvoll, wenn dabei die gesamte überplante Fläche betrachtet wird. Standortuntersuchungen und Gutachten, welche nur die Fläche der Rosbacher Gemarkung betrachten, sind künftig zu unterlassen. Über die Kostenaufteilung zwischen den oben genannten Projektpartnern ist vorab Einvernehmen zu erzielen. Sollte eine solche Übereinkunft nicht zu erzielen sein, ist die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: **ja** **2 Stimmen**
 nein **4 Stimmen**

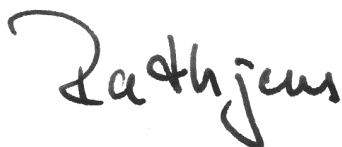
Der Antrag ist somit als Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

TOP 5

Verschiedenes

Zu diesem TOP ergehen keine Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die rege Diskussion und schließt die Sitzung um 22:25 Uhr.



Dr. Hans-Peter Rathjens
Ausschussvorsitzender



Sigrid Egerer
Schriftführerin